

DIE LUPE

DIE LINKE.PDS

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

APRIL 2007

Luftnummer



CDU und FDP haben (nicht nur bezirklich) den ökonomische Sachverstand verloren. Denn auch gesundheitspolitisch bewertet, erweist sich der Plan vermeintlicher US-Investoren für den Flughafen Tempelhof als unseriös. Darauf weist der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Wolfgang Albers, hin: "Die bislang bekannt gewordenen Details zu den Plänen eines Investors, der den Flughafen Tempelhof zu einem Medizinischen Zentrum entwickeln will, zeugen von Unkenntnis, was den Gesundheitsstandort Berlin betrifft.

So ist die Rede von 120.000 gesetzlich krankenversicherten Patienten, die an diesem Standort künftig von 60 Kassenärzten behandelt werden sollen. Das werden zweifelsfrei keine zusätzlichen Kassenpatienten sein. Auch 60 Kassenärzte, die in Tempelhof praktizieren sollen, gibt es nicht zusätzlich, denn es besteht flächendeckend eine Zulassungssperre für weitere Arztstühle. Die Investoren müssten also nicht nur 120.000 Patienten nach Tempelhof locken, sondern bereits existierende Kassenarztstühle in Berlin aufkaufen, um sie dann am Standort Tempelhof zu konzentrieren. Was hieße, in bestehenden Praxen gingen vorhandene Arbeitsplätze verloren.

Gezweifelt werden darf zudem, ob den Befürwortern der »Scheichklinikk«-Pläne das momentane Finanzierungssystem der kassenärztlichen Versorgung bekannt ist. Denn bei weiterhin gedeckelten Kassenbudgets führt

auch die eventuelle Ausweitung von Leistungen zu sinkenden Punktwerten, nicht zu Mehrverdienst. Ähnlich kritisch zu betrachten ist die Annahme von 6.000 Privatpatienten, die zur Behandlung nach Tempelhof kommen sollen. Einmal abgesehen davon, dass es bereits seit längerem entsprechende Initiativen von anderen Betreibern medizinischer Einrichtungen in der Stadt gibt – die Rede ist von täglich 16 ankommenden Fluggästen mehr...

Die Linksfraktion plädiert für eine kritische Auseinandersetzung mit den Plänen des Investors. Es ist nicht nachvollziehbar, dass z.B. auch durch die IHK auf der einen Seite eine zu hohe Arztdichte bzw. zu viele Krankenhausbetten in der Stadt beklagt werden, auf der anderen Seite dieses Projekt unkritisch wie zu Zeiten Westberliner Größenwahns bejubelt wird...

Nach unserer Auffassung gilt es, schnellstmöglich einen Wettbewerb zur Nutzung des Flughafengeländes einerseits und zur Nutzung des historischen Gebäudes andererseits zu eröffnen. Letzteres ist für Büroräume weitaus besser geeignet als für Arztpraxen, weshalb die Linksfraktion dafür plädiert, bei einem vollständigen Umzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin diese dort unterzubringen. Die Freifläche sollte alle umweltpolitischen Akteure dieser Stadt auf den Plan rufen. Das Gelände ist von herausragender Bedeutung für das Klima in der Stadt. Dazu, wie es renaturiert werden kann, sollte es eine größtmögliche Bürgerbeteiligung geben."

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

2 Erste Gespräche mit der WASG im Bezirk • Schwielowsee-Grundschule gibt nicht auf • Kurzmeldungen • Lammkoteletts aus der Provence • Bürgerinitiative fordert für Flughafen-nachnutzung Bürgerbeteiligung •

3 Bericht aus der BVV • BVV-Vorlagen • Graue nun Fraktion

4 Klimakatastrophe: Schmilzt mit den Gletschern auch unser Verstand? • NATO - wozu?

5 Besuch im Flüchtlingsheim Motardstraße • Beseitigt das bedingungslose Grundeinkommen finanzielle Notlagen?

6 Kontrovers: Leserbrief und Antwort der Autorin • Klaus Ernst: Müntefering hat seine Finger in Rentners Portemonnaie • Arm und krank • Sozialticket

7 Rente mit 67? Nein, danke! • Prachtvolles Rot - Über die Versklavung der Erde • Ausstellung • Veranstaltungshinweise & Tips

8 Başka bir Almanya mümkün! • Hapel sieht kein Problem bei Iran-Kritik • Anzeige zur G-8-Demo

Dortmunder Signal

„Für eine starke gesamtdeutsche „Linke“, die konsequent Antikriegspartei bleibt!“

Persönliche Nachbetrachtung des Delegierten Carsten Schulz

Mit großer Mehrheit beschlossen die parallel in Dortmund tagenden Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS, im Juni dieses Jahres zur neuen Partei „Die Linke.“ zu fusionieren.

Nach teils kontroversen, aber um den gemeinsamen Erfolg bemühten Beratungen hunderter Änderungsanträge zu den Gründungsdokumenten machten die jeweils 400 Delegierten damit den

Weg frei für Urabstimmungen der Basis beider Parteien.

Sie einigten sich auf wichtige Orientierungen für die zukünftige Programmdebatte, u.a. auch, dass die neue „Linke“ konsequente Antikriegspartei bleibt: So wird die Frage, ob internationale Kampfeinsätze nach Kapitel VII der UN Charta in (Bürger-)Kriegssituationen zu einer Rückkehr in eine friedliche Entwicklung beitragen können, klar in den gemeinsam beschlossenen „programmatischen Eckpunkten“ verneint. Seit dem Jahr 2000 gab es in der PDS immer wieder erfolglose Versuche, in dieser Frage Einzelfallprüfungen mit Hinweis auf gravierende Menschenrechtsverletzungen („Völkermord“) programmatisch zu verankern. Dabei wurden seitens der Be-

fürworter oft die undemokratischen Entscheidungsstrukturen in der UNO mit der Dominanz der mit Vetorecht ausgestatteten Großmächte im UN Sicherheitsrat als dem Gremium, das solche Einsätze legitimiert, außer Acht gelassen. Viele Linke können sich sehr gut an ähnliche Diskussionen der „Grünen“ aus den 90er Jahren erinnern. Mittlerweile werden Angriffskriege mit deutscher Beteiligung mehrheitlich von den „Grünen“ abgeknickt.

In Dortmund zeigte sich eine erstaunlich breite Mehrheit gegen Kampfeinsätze auch in der WASG: Viele Gewerkschafter und ehemalige Sozialdemokraten haben aus der Geschichte von SPD und Grünen gelernt.



Aktion:
Grillplätze
für Tempelhof/
Schöneberg!
Lammkoteletts
aus der
Provence

Zutaten:
Marinade: 5 EL Rotwein,
3 Knoblauchzehen,
2 EL getrocknete Kräuter
der Provence, 5 EL Sojaöl,
Zitronenpfeffer, Salz
16 Lammkoteletts a. 100-
150g
Zubereitung:
Kräuter mit Rotwein und
Öl vermischen. Pfeffer und
zerdrückter Knoblauch ein-
rühren. Gesäuberte Lamm-
koteletts für 2-3 Stunden in
die Marinade geben.
Auf dem Grill Koteletts auf
jeder Seite 4-5 Minuten
grillen. Salzen. *Rezept von
Thomas "Tom" Maier*

AUS DEM PRESSETICKER

Bürgerinitiative fordert Bürgerbeteiligung bei Nachnutzung Tempelhofs

Berlin, 15. März 2007 – In der ersten öffentlichen Sitzung der Bürgerinitiative zur Nachnutzung des Flughafengeländes Tempelhof - NANU THF - am 14. 3. diskutierten zahlreiche Anwohner aus Tempelhof, Neukölln und Kreuzberg über die weitere Nutzung des Flughafensareals. Die überwältigende Mehrheit der gut dreißig Besucher sprach sich dabei für eine baldige Schließung des Flughafens aus.
In den nächsten Wochen plant die Bürgerinitiative, in Arbeitsgemeinschaften bestehende und neue, teilweise auch miteinander konkurrierende, Ansätze für eine Nachnutzung zu konkretisieren und für eine im Laufe des Herbstes/Winters geplante Ausstellung für die Öffentlichkeit vorzubereiten. Gleichzeitig sprachen sich die Anwesenden dafür aus, dass es bei der Planung der Nachnutzung eine breite Bürgerbeteiligung gegeben sein müsse.

BI-Sprecher Thomas Maier dazu: *"Es kann nicht sein, dass die Bevölkerung bei der Gestaltung der Nachnutzung einer Fläche, die dem fünfundfünfzigfachen des Daimler-Chrysler-Areals am Potsdamer Platz entspricht, nicht gehört wird. Wir werden in den nächsten Monaten alles tun, damit es für interessierte Menschen Mitgestaltungsmöglichkeiten für eine soziale und umweltgerechte Nachnutzung geben wird."* Die Bürgerinitiative trifft sich jeden 2. und 4. Mittwoch des Monats. Das nächste Treffen der Bürgerinitiative findet am Mittwoch, 11.4.2007, um 19.00 Uhr im Cafe Prinz, Fontanestraße 32, statt.

Internet: www.flughafennutzung.de
E-Mail: info@flughafennutzung.de

2

Erste Gespräche mit der WASG in Tempelhof-Schöneberg

Am 15. 3. 2007 trafen sich Mitglieder der Vorstände der Linkspartei.PDS und der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zu einem ersten atmosphärischen Gespräch in der Geschäftsstelle der Linkspartei.PDS in Schöneberg.

Nach längerer und durchaus auch kontroverser Diskussion einigten sich die Vertreter beider Parteien darauf, ihre Zusammenarbeit durch eine Reihe gemeinsamer Veranstaltungen sowie die Information der jeweils eigenen Mitglieder über Veranstaltungen der anderen Partei zu beginnen.

Die Linkspartei. PDS Tempelhof-Schöneberg bot ferner allen WASG-Mitgliedern die Mitarbeit im Arbeitskreis Kommunalpolitik an.

Ein weiteres Treffen der beiden Parteien und damit die Fortsetzung der Gespräche wurde für den Monat April 2007 vereinbart.

Thomas Maier, stellvertretender Bezirksvorsitzender der Linkspartei.PDS Tempelhof-Schöneberg



Schwielowsee-Grundschule gibt nicht auf!

Am 15. März haben sich Eltern die Medien in die Monumentenstrasse eingeladen. Presse und Fernsehen waren da, 3Sat wird darüber berichten.

Unter dem Motto „Umsteigen, aufsteigen, Spaß haben“, lud die Elterninitiative „Eltern Taxi“ ein.

Der Fahrradladen am Mehringhof hat die Fahrräder von „zwei plus zwei“ aus Köln angepasst, Helme gestellt und der Schule übergeben.

Reiner Kolberg, Projektleiter von „Elterntaxi“ hat 10 Tandems an 10 Familien, für 14 Tage kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die Eltern können mit ihren Kindern an die Schule mitfahren und trainieren, wie man sich im Straßenverkehr verhält.



KURZMELDUNGEN

Kritik des BEA am Einsatz Vertretungsmittel

Der Bezirksselternausschuss (BEA) Schule fordert, *"dass die Planungen, Vertretungsmittel für Honorarvereinbarungen an die Schulen zu geben, eine Absage zu erteilen solange nicht mindestens 100% Ausstattung gesichert ist. Vielmehr fordert der BEA die sofortige Besetzung neuer Stellen damit langzeit- sowie kurzzeitkranke Lehrkräfte dauerhaft ersetzt werden können."* Der BEA richtet sich damit gegen die Initiative des Schulsenats, der den Schulen direkt mehr Möglichkeiten gegeben hatte durch flexible Lösungen Unterrichtsausfälle zu vermeiden.

Der BEA: *"Honorarkräfte sind zumeist kein verlässlicher Ersatz für Lehrpersonal. Gerade im Grundschulbereich muss auf das Fachlehrerprinzip bestanden werden. Es ist zu befürchten, dass es gar nicht ausreichend kompetente Honorarkräfte geben wird, die sich mit den neuen Anforderungen in Curricula oder den verschiedenen Schulprogrammen auskennen werden."*
Harald Gindra

Paul-Natrop-Schule: Keine Coca-Cola!

Die von Schülern selbstverwaltete Cafeteria in der Paul-Natrop-Schule (Friedenau) verkauft seit Mitte März keine Produkte des Coca-Cola-Konzerns mehr. Sie schließen sich damit einer Boykott-Bewegung an (wie FU und UdK bereits vorher), die von kolumbianischen Gewerkschaften ausgelöst wurde.

Eine Schülervertreterin: *"Natürlich geht es bei der Kampagne erst mal darum, für einige hundert Beschäftigte bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. In den letzten Jahren mußte Coke zu den Morden in den Fabriken in Kolumbien Stellung nehmen, was sie früher strikt verweigert haben. Aber darüber hinaus setzen wir auch ein Zeichen: Uns Konsumenten in der westlichen Welt ist es nicht egal, auf welche Weise unsere Konsumgüter produziert werden."*

Die Schülervertretung bereitet eine Veranstaltung zum Thema vor und fordert andere Schulen dazu auf, sich anzuschließen.

(Quelle: jw, 19.03.07, Mehr Infos: www.coca-killer.de.tc
- Harald Gindra)

Bericht aus der BVV

Wie immer begann die Tagesordnung mit Fragestunden. In der Einwohnerfragestunde wurde u. a. erläutert, dass die Inbetriebnahme des Kaiser-Wilhelm-Platzes nach Beendigung der Baumaßnahmen für den 5.7.07 vorgesehen ist.

Bezirksamt mißachtet BVV-Beschluss

Die Fragestunde der Bezirksverordneten war da schon interessanter. Bekanntlich hatte die Bezirksverordnetenversammlung im August beschlossen, die Kampagne „Verantwortlicher Freier“ zu unterstützen, indem in bezirkseigenen Gebäuden die Kampagneplakate ausgehängt werden sollten. Wo diese hängen, wurde nun gefragt. Die Antwort und die Diskussion darum verwundern: Weil die Plakate diskriminierend wirken, wurden sie nicht ausgehängt. Wer davon diskriminiert würde, wurde nicht bekannt gegeben. So hat das Bezirksamt wieder einen BVV-Beschluss missachtet.

Bisher schon 92 Zwangsumzüge

Die Frage nach Zwangsumzügen von ALG-II-Empfängern im Bezirk ergab, dass bisher 92 realisiert wurden. Das entspricht 24,6 Prozent der berlinweiten Umzüge (374).

Öffentlicher Beschäftigungssektor

Der Antrag der SPD zur Umsetzung eines Öffentlichen Beschäftigungssektors in Tempelhof-Schöneberg rief eine breite Diskussion hervor: Der Bezirk sollte aktiv werden, bevor auf der Landesebene alles beschlossen ist und deshalb eigene Ideen entwickeln, um größtmögliche Effekte für den Bezirk zu erzielen. Eine Überweisung in den Sozialausschuss wurde abgelehnt und somit ist das Bezirksamt am Zuge.

KV: X, Y bei der unbekannt –nicht versichert

So steht es in Bewilligungsbescheiden des JobCenters Tempelhof-Schöneberg für ALG-II-Empfänger. Warum dies trotz Versicherungspflicht so ist, wollte unser Bezirksverordneter in einer Großen Anfrage wissen. Das Bezirksamt erläuterte das Gesetz. Aber die Realität sieht ja anders aus. Das JobCenter achtet bei Antragsannahme nicht darauf, ob eine Krankenversicherung besteht und verletzt seine Beratungspflicht, Antragsteller darauf hinzuweisen, dass sie in eine gesetzliche Krankenkasse eintreten müssen. Das Bezirksamt teilt natürlich nicht mit, dass Gesetzesverstöße begangen werden, aber diese Schlussfolgerung lässt sich aus der lückenhaften Antwort ziehen, die bezeugt, dass das ganze Thema vom Bezirksamt als „nicht erörterungswürdig“ betrachtet wird. Übrigens hat bei Aufruf des Tagesordnungspunktes die gesamte CDU (Christlich-Demokratische Union)-Fraktion den Saal verlassen. Aus Interesse am Thema?

Weitere Anfragen

In Großen Anfragen wurde nach Automärkten (CDU) und nach dem Ersatz der Spielflächen der Kinderläden in der Ebersstraße (Bü90/Grüne) gefragt. Die Kinderläden erhalten eine neue Spielfläche in der Ebersstraße 92. Bemerkenswert ist hier, dass bei der Beantwortung der Anfrage die CDU-Fraktion nicht anwesend war. Anträge befassten sich damit, das Bezirksamt möge Expressschalter in Bürgerämtern prüfen, dezentrale Sprechstunden des Sozialamtes einrichten, die Seniorenfreizeitstätte Eduard-Bernoth-Haus erhalten bzw. die Gustav-Heinemann-Oberschule sanieren. Der Antrag der FDP zur Umbenennung eines Autobahnanschlusses „Flughafen Tempelhof“ wurde mehrheitlich abgelehnt. *Dagmar Krebs*

Weitere BVV-Vorlagen im März

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern.

Wir listen stichwortartig behandelte Vorlagen (eine Auswahl) und ihre Behandlung auf. (Drs.=Drucksache)

- Tagesgroßpflegestellen erhalten (Drs 0173 von CDU) Ergebnis: Überweisung in Jugendhilfeausschuss – Konsensliste (KL)
- Überarbeitung Dresdner-Bahn-Planung (Drs 0174 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung Ausschuss Umwelt, Natur u. Verkehr
- Expressschalter fürs Bürgeramt (Drs 0175 von FDP) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Dezentrale Angebote des Sozialamts (Drs 0176 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Seniorenfreizeitstätte und Miniaturgolf Verein sichern (Drs 0177 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Zukunft G.-Heinemann-Schule (Drs 0178 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Haupt-/Schul- und FM-Ausschuss (KL)
- Konzept zu Mittagessen in Ganztagschulen (Drs 180 von SPD) Ergebnis: Überweisung in Schulausschuss (KL)
- QM-Mittel nachhaltig(er) verwenden (Drs 0181 von CDU) Ergebnis: Überweisung in Haupt- und Frauen/Integration/QM-Ausschuss (KL)
- Namensschilder für das Ordnungsamt (Drs 0182 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bürgerdienste (KL)
- Parkraumbewirtschaftung offen legen (Drs 0186 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Haupt- u. Umwelt-Ausschuss (KL)
- Respect Gaymes unterstützen (Drs 0188 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Wohnungsbordelle (Drs 0190 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung Ausschüsse Stadtplanung u. Frauen
- ÖBS umsetzen (Drs 0198 von SPD) Ergebnis: Beschluss (einstimmig)
- Aufklärung über Scientology (Drs 0200 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Zielplanung EU-Strukturfondsmittel (Drs 0201 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Beratungsprojekt FAM fortsetzen (Drs 0044 Beschlussempfehlung (BE) Haupt-A.) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Schöneberger Insel – Durchgangsverkehr vermeiden (Drs 0104 BE Umwelt-A.) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Interkulturelle Qualifizierung (Drs 0049 BE Frauen, Integration und QM-A.) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Integrationskonzept (Drs 0144 BE Frauen, Integration und QM-A.) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)

Kleine (schriftliche) Anfragen der Linke im März:

- Zu den Auswirkungen des GSG-Verkaufs im Bezirk Wenn eine schriftliche Antwort erfolgt ist, berichten wir darüber.

Graue nun Fraktion

Mit dem Beitritt der im Januar aus den Grünen ausgetretenen früheren Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Grüne, Jäkl, werden die Grauen nun Fraktion. Sie können damit ihre Wirksamkeit in der BVV erhöhen, was ja leider der Linken wegen ihres getrennten Antritts im letzten Jahr nicht gelang. Zur Erinnerung: mit 3,3 % für Linke.PDS und 3,1 % für WASG gab es einen historisch hohen Anteil an linken Stimmen, aber ohne es mit je einem fraktionslosen Verordneten richtig zur Geltung bringen zu können.

Interessant wird jetzt, wie sich die neue Grauen-Fraktion positionieren wird. Frau Jäkl bringt eine andere Biografie mit als ihre neuen Fraktionskollegen. Wird Frau Jäkl nun auch für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof eintreten? Aber vielleicht kehrt sie eine soziale Kritik auch bei den Grauen hervor, die sie bisher in der BVV schuldig geblieben sind. Ein Eintreten für verarmte Senioren, aber auch für HartzIV-Betroffene? Wir wünschen der neuen Fraktion jedenfalls, wenn sie stärker in diese Richtung geht, alles Gute. *Harald Gindra*



Unser Bezirksverordneter



Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon.: 0173-842 72 49

EMail: h.gindra@12move.de

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus:

Raum 2036 / Sprechstunde donnerstags 15 bis 19 Uhr
Tel. 030 / 75 60 48 98

Arbeitskreis Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der Arbeitskreis unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen in der BVV nehmen.

Nächste AKK-Sitzungen:

Freitag, 13. 04. 07, 18 Uhr,
Freitag, 27. 04. 07, 18 Uhr,
jeweils im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen BVV-Sitzung zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Informationen und Unterstützung erhalten Sie bei unserer Sprechstunde oder nach Terminvereinbarung.

BVV-Sitzung

Die nächste BVV-Sitzung findet am Mittwoch, dem 25. April, um 17 Uhr im BVV-Saal (2. Stock) im Rathaus Schöneberg, statt.

Sie beginnt mit der Einwohnerfragestunde.

Die Fragen sind vorher schriftlich einzureichen - wir unterstützen Sie dabei gerne.

Klimakatastrophe: Schmilzt mit den Gletschern auch unser Verstand?

Das nun rund andertalbjährzehnte alte Ende des "Kalten Krieges" hat kein Ende der Kriegspolitik gebracht. "Zum Glück" gibt es ja den "Kampf der Kulturen". Aber auch Russland läßt sich als ganz schön gefährlicher Bär darstellen. Und dann die massenhaften Atomraketen des Iran! Da tut man schon gut, sich tief unter den Schutzschirm der USA zu ducken. Und wie gut, dass die großen Atommächte USA, Russland, England und Frankreich sich einen Dreck um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Verträgen zur Abrüstung gesichert haben, vor allem die USA. Aber auch ohne Atombomben geht's hefte zur Sache.

Die Liste der möglichen Orte amerikanischer Einsätze wird immer länger. Die Orte der Welt – gerade auch in Afrika – wo man "UN-Protektorate" einrichten "müsste", werden immer mehr. Begehrig strecken die USA die Finger nach dem breiten Erdölgürtel, der sich quer durch Afrika erstreckt, aus. Wie "gut", dass die gezielte Zerstörung der politischen Kultur durch westliche Korruption den Kontinent hindert, mit Schweinereien wie im Sudan (Öl!) selbst fertig zu werden.

So sehr es nun doch der Bundesregierung angesichts der amerikanischen Pläne zur Raketenstationierung in Polen und Tschechien unheimlich zu werden scheint – man "riecht wohl den Braten" und merkt, dass es den Amerikanern darum geht, einen Keil zwischen seinen größten Technologie-Konkurrenten und einen Energie-Riesen zu treiben – so leichtfertig läßt man sich weiter in den afghanischen Sumpf ziehen.

Es ist Zeit! Nämlich höchste Zeit, die Frage der NATO endlich wieder lautstark auf die Tagesordnung zu setzen. Man kann sicher sagen, dass Europa eine eigene Verteidigungsmacht braucht, die Welt ist schwer berechenbar. Aber eines braucht Europa, braucht Deutschland nicht, eine "Verteidigungsallianz", die nichts anderes als der Erfüllungsgehilfe für die Pläne Amerikas ist, die absolute Allmacht in der Welt zu erringen. Das wird nicht die Allmacht des so "demokratischen Westens" sein, das wird die Allmacht Amerikas sein. Und vor terroristischen Angriffen wird uns das Mitmachen bei diesen Allmachtsplänen sicher nicht schützen.

Wir müssen es laut in Deutschland und in Europa rufen: "Wacht auf, Leute, laßt Euch nicht länger für dumm verkaufen! Vor wem sollen Euch die Amerikaner denn beschützen wollen, wenn nicht vor Eurer eigenen Souveränität?"

Andreas Schlüter

"Stern-Report" und Umweltbericht der UN machen es wieder einmal klar: das Weltklima steht vor katastrophalen Entwicklungen und enorme Schäden drohen, viele Menschen könnten ums Leben oder sonstwie zu Schaden oder um Unterkunft sowie Lebensgrundlagen kommen.

Wer sind die Schuldigen? Gerne wird die Schuld gleichmäßig verteilt, zwecks Verkündung der Losung, die lautet: "der werfe den ersten Stein..."

Haben wir nicht schon alle mal das Licht brennen lassen?

Aber es ist natürlich anders. In einer dubiosen Allianz haben Gerätehersteller und die Energieerzeuger dafür gesorgt, dass die Stromzähler nie aufhören, sich zu drehen, die sogenannten "Standby-Funktionen" als Bequemlichkeitsköder verordnet und für alles und jedes eine energiefressende Lösung "gefunden". Autohersteller haben alles getan, um Kunden zu "Fast-Lastwagenfahrern" zu machen und Verantwortliche haben alle möglichen Bauwerke nächtens zu mondartigen Lichtquellen erleuchtet. Die Unternehmer und Kapital-Kapitäne haben auch hierbei das Steuer fest in der Hand.

Tatsächlich war das Dilemma seit fast vier Jahrzehnten absehbar und ich erinnere mich gut an eine Biochemie-Vorlesung 1970 in Freiburg, wo alle anstehenden Katastrophen vorausgesagt wurden. Es handelt sich also um eine globale Herausforderung, wie bei den Problemen der Verelendung der "Dritten Welt", Seuchenproblemen und auch den Naturkatastrophen, deren Ursachen zwar nicht menschengemacht, aber deren Folgen dennoch gesellschaftlich bewältigt werden müssen.

Was ist seit der Geburt des "Club of Rome", dem prominenten Zirkel der Warner, geschehen? Eine galoppierende Privatisierung, die auch noch die letzten Bereiche des Wirtschaftens den Prinzipien des Gemeinwohls entzogen hat, zugunsten privater Profitinteressen.

Unvorstellbar, dass eine Gesellschaft, die sich im Krieg befindet (in diesem Falle ist es der Krieg gegen all die Folgen ungezügelter Profitgier), ihr Wohl und Wehe lediglich dem "Markt" anvertraut, ihr Überleben in die Hände derjenigen legt, die mit ihrer "wirtschaftlichen Vernunft" die Bedrohung erzeugt haben.

Aber sehenden Auges haben wir zugelassen, dass Privatisierungspropheten uns immer weiter in den Sumpf der immer wieder hoch gepriesenen "Deregulierung" getrieben haben, dafür von "Stellschrauben" der sozio-ökonomischen Situation faselnd. Dabei haben die verschiedenen Fraktionen des Neoliberalismus sich dann gegenseitig fröhlich "handwerkliches Versagen" vorgeworfen, bis die größten Versager sich die Hand reichten und kleinere Konkurrenten auf die Reservebank verwiesen.

Und merkwürdig, noch vor einem Jahr war alles furchtbar, man hoffte, als Rettung noch mehr Profit-Sucht erscheinen zu lassen, was viele Menschen nicht so recht glauben mochten. Nun aber steht die Vereinigung der Linken an und auf einmal geht es uns doch wieder gut, bleibt ruhig, liebe Leute! Ihr braucht nicht nach gesellschaftlichen Lösungen für soziale Miseren Ausschau zu halten, es ist alles in Ordnung!

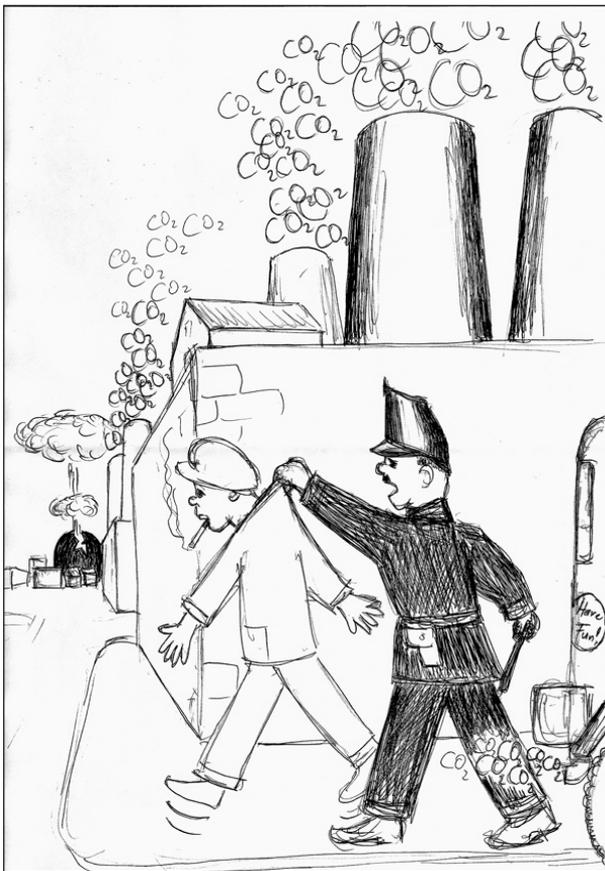
Was für ein Mist, dass nun wieder die Katastrophe sichtbar ist, die die Welt, den Kontinent und das Land bedroht, damit nach gemeinsamen, wirklich am Allgemeinwohl orientierten Lösungen schreiend.

Was kann man nur tun, damit die Menschen sich nicht einem demokratischen Sozialismus zuwenden?

Ist nicht der CO2-Ausstoß das Hauptproblem? Na, da haben wir doch den Schuldigen, den Raucher. Dem geht es jetzt an den Kragen. Problem gelöst, bleibt ruhig, liebe Leute!

P.S.: Mißverstehen Sie bitte diesen Artikel nicht als Pro-Rauch-Kampagne. Der Verfasser weiß sehr wohl, dass auch die Tabak-Industrie nicht unser Wohl, sondern unser "Bestes", nämlich unser Geld will. Der (VERB-)Raucher ist von vielem gefährdet, auch von Nikotin und Teer: **Rauchen gefährdet die Gesundheit!**

Text und Zeichnung: Andreas Schlüter



Hee, Männecken, ham Se denn jaar keen Jewissen, seen Se hier weet un breet een Schild, uff dem schteet: "Roochen erloobt"?

Auch Deine Stimme ist gefragt!

Seit 30. März läuft die Urabstimmung zur Bildung der Partei DIE LINKE. Am Freitag, dem 27. April, findet ab 17 Uhr in der "Roten Insel" Feurigstrasse ein Mitgliedertreff zur Urabstimmung statt. Bitte die Unterlagen dorthin mitbringen und Deine Stimme abgeben.

Besuch in der "Zentralen Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge" in der Spandauer Motardstraße

Ende Februar besuchten Delegierte des Berliner Landesparteitages der Linkspartei zusammen mit Mitgliedern des Berliner Flüchtlingsrates die "Zentrale Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge" in der Motardstraße in Berlin-Spandau.

Schon seit geraumer Zeit gibt es Kritik des Berliner Flüchtlingsrates und von Flüchtlingsinitiativen an den Bedingungen, unter denen die dortigen Bewohner leben und an der Praxis, abgelehnten Asylbewerbern bzw. Bürgerkriegsflüchtlings mit Duldungsstatus statt Geldmitteln nur "Sachleistungen" in Form von Vollverpflegung und Kostenübernahmescheinen zu gewähren, um sie zur "freiwilligen Ausreise" und zur stärkeren "Mitarbeit" bei der Beschaffung von fehlenden Reisedokumenten entsprechend des § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes zu "bewegen".

In der Vergangenheit hätten einzelne Berliner Sozialämter (in Mitte und Reinickendorf) abgelehnte Asylbewerber und Flüchtlinge sogar durch den vollständigen Entzug von Leistungen (einschließlich der Unterbringung) zur Ausreise nötigen wollen, informiert die „Berliner Initiative gegen das Chipkartensystem“ in einem auf dem letzten Berliner Landesparteitag verteilten Flugblatt mit dem Titel „Motardstr. 101a – ein Ausreisezentrum in Berlin!?!“

Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner erließ daraufhin im Januar 2006 eine Ausführungsverordnung, dass nunmehr alle Betroffenen zumindest Unterkunft und Sachleistungen zugewiesen bekommen sollen.

Somit wurde zwar die skandalöse Praxis des "Obdachlos-Aushungerns" beendet, die von den Koalitionsparteien propagierte Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Wohnungen und die versprochene Abschaffung von Chipkarten und Warengutscheinen zugunsten von Geldzahlungen werden in diesen Fällen jedoch unterlaufen.

Die Unterkunft in der Motardstraße liegt in einem abgelegenen Spandauer Industriegebiet. In der Nähe befindet sich zwar der U - Bahnhof Paul Stern Straße, der Hälfte der dortigen BewohnerInnen wird jedoch die Mobilität völlig beschnitten, weil diese Menschen über keinerlei Geldmittel oder Fahrscheine verfügen.

In den Wohncontainern gibt es Ungeziefer, die Wände sind teils mit Schimmel befallen, die Türen in den Sanitäreinrichtungen nicht abschließbar, ebenso die Türen der wenigen Schränke. Die Bewohner leben auf engstem Raum. Die Essensversorgung ist für die Betroffenen in ihrer völligen Einseitigkeit auf Dauer kaum zumutbar. Wir konnten uns von der sehr kargen, wenig vitaminreichen Tagesration überzeugen, die von der Firma "Dussmann" angeliefert wird.

Wir sind als Sozialistinnen und Sozialisten zur Solidarität mit dem Heimbewohnern verpflichtet!

Eine erste Initiative startete die Linkspartei in Spandau, die in einem auf Forderungen des Berliner Flüchtlingsrates beruhenden Dringlichkeitsantrag an den Landesparteitag die Verantwortlichen im Senat aufforderte, das Flüchtlingslager in der Motardstraße in Spandau umgehend zu schließen und die Bewohner in



menschenwürdigen Unterkünften unterzubringen. Weiterhin, so der Antrag, sollen den Bewohnern ab sofort Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie sich selbst mit geeigneten Lebensmitteln versorgen können.

Dieser Initiativantrag wurde, bedingt durch Zeitprobleme, nicht mehr auf dem Parteitag behandelt und an den Landesvorstand überwiesen.

Dieser hat ihn ohne Einladung der Antragssteller in seiner Sitzung zwei Tage nach besagter Parteitagstagung zunächst bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Die Begründung: Das Asylbewerberleistungsgesetz, welches ein Bundesgesetz ist, verpflichtete den Berliner Senat, für Asylbewerber in den ersten 6 Monaten Sammelunterkünfte und Sachleistungen vorzuhalten.

Das ist ja richtig. Nur leben dort nicht nur Menschen, die im Asylverfahren sind und nicht wenige sind weitaus länger als ein halbes Jahr dort.

Die Begründung der Ablehnung ist ebensowenig korrekt wie das Verfahren, einen Antrag zu behandeln, ohne die Antragssteller informiert zu haben.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit unseren Spandauer GenossInnen und dem Berliner Flüchtlingsrat das schnelle gemeinsame Gespräch mit der Sozialsenatorin, die die Motardstraße bald besuchen will, suchen, um eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände für die BewohnerInnen zu erreichen.

Wir fordern eine menschenwürdige Unterbringung der Betroffenen!

Wir dürfen die schleichende Etablierung eines "Ausreisezentrums" mit unzumutbaren Lebensbedingungen, die zur "freiwilligen" Ausreise nötigen, nicht akzeptieren!

Text: Carsten Schulz / Foto: indymedia

Veranstaltungshinweis

Am 26. April findet in der "Roten Insel", Feurigstraße 67/68, um 19 Uhr eine Veranstaltung zu den Lebensbedingungen im Asylbewerberheim Motardstraße statt.

Wir wollen dazu beitragen, dass sich in Berlin kein Ausreisezentrum entwickelt.

Eingeladen werden Berliner Flüchtlingsinitiativen und Vertreter des Senats.



Beseitigt das bedingungslose Grundeinkommen finanzielle Notlagen?

Als Gegenentwurf zu Hartz IV/ALG-2 wird über ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert, seit neuestem mit besonderer Vehemenz von einigen sich sozial gebärdenden sog. Untermehrn. Schon das lässt mich stutzig werden. Welches Interesse könnte Kapitalisten reizen, das bedingungslose Grundeinkommen zu unterstützen und zu fördern?

Es lohnt sich, beim Vorstandsvorsitzenden der Drogeriekette dm, der sich vor einigen Monaten dazu in der Presse geäußert hat, genau nachzulesen. Er legt in schöner Offenheit dar, dass das bedingungslose Grundeinkommen dann, wenn eine Arbeit aufgenommen wird, von den Unternehmern nur noch bis zur Höhe des jeweiligen Tarif- oder branchenüblichen Durchschnittslohns bezuschusst werden muss. Denn das bedingungslose Grundeinkommen wird natürlich aus der Staatskasse (also von unseren Steuern) gezahlt. So leicht sollte man der Kapitalistenklasse die Lohndrückerei aber nicht machen!

Doch in der Diskussion äußern sich Menschen, die für sich einen Ausweg aus ihrer finanziellen Notlage erhoffen.

Andere sehen diese Debatte skeptisch und sehen das Projekt als aussichtslos an.

Das Thema ist es wert, genauer angeguckt zu werden.

Die Linkspartei.PDS in Tempelhof-Schöneberg wird die Diskussion aufnehmen und Zwischenergebnisse in der Lupe veröffentlichen.

Wir laden alle Leserinnen und Leser ein, zu dieser Debatte beizutragen.

Öffentliche Diskussionen dazu werden wir in unserer LUPE ankündigen.

Heidi Kloor, stellvertretende Bezirksvorsitzende Tempelhof-Schöneberg

Aktion 2007

Werden Sie Leser: 8 Wochen ND für nur 25€

Neues Deutschland
Druck von Links.



Arm und krank...

In unserer Beratung mehren sich Anfragen darüber, wie man sich verhalten sollte, wenn das JobCenter während einer Krankschreibung ein Rendezvous verlangt.

Erstens: Krank ist krank. Die Zeit sollte jeder nutzen, um seine Gesundheit wieder herzustellen. Es ist also logisch, das JobCenter nicht aufzusuchen, wenn Arbeitsunfähigkeit bescheinigt ist. Schon allein wegen der Frage der ungeklärten Versicherung auf dem Weg dahin.

Zweitens: Das JobCenter Tempelhof-Schöneberg verlangt eine zusätzliche (mindestens zehn Euro teure) „Liegebescheinigung“, die nachweisen soll, dass ein Besuch tatsächlich nicht möglich sein soll. Es gibt aber genügend Erkrankungen, die keine Bettlägerigkeit erfordern und trotzdem einen Besuch im JobCenter unmöglich machen, wie z. B. psychische Erkrankungen oder Infektionskrankheiten.

Einfache Lösung. Als Lösung dieses Widerspruches empfehlen wir in diesem Fall zunächst die Beantragung der Kostenübernahme für diese Bescheinigung beim JobCenter, denn Kosten dafür sind im Regelsatz nicht enthalten.

Bemerkenswert ist übrigens, dass auf Nichtbefolgen dieser Einladung bisher keine Sanktionen bekannt wurden.

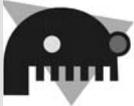
Dagmar Krebs

Sozialticket

Die Ausgabe und Verlängerung erfolgt nur noch im JobCenter Tempelhof-Schöneberg, Wolframstr. 89-92!

AK ELViS

ErwerbsLosen
Versammlung
in
Schöneberg
in der Roten
Insel
Feurigstr. 68



Infos und Hilfe zu ALG-2 und Sozialgeld

Jeden Donnerstag
10 bis 12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück

Jeden 2. und 4. Donnerstag,
10-12 Uhr

6

Zum Artikel "Zwangsumzüge: In großem Stil?" von Dagmar Krebs, Lupe März 07

Anbei übersende ich die vom Sozialgericht Berlin veröffentlichte "Hartzkurve", die Auskunft gibt über die beim Sozialgericht anhängigen Klageverfahren, im Zusammenhang mit Hartz IV. Vielleicht erklärt das die Rechnung von Dagmar Krebs. Wenn 6724 mal festgelegt wurde, daß die Mietkosten über dem in den AV-Wohnen festgeschriebenen Satz liegen, für 2802 Bedarfsgemeinschaften (BG's) ein Umzug für unwirtschaftlich befunden wurde und 68 Zwangsumzüge erfolgt sind, verbleiben noch 3329!! Wieviele Betroffene greifen auf ihr letztes Ersparnis zurück, um ihr Zuhause zu behalten? Wieviele hegen die Hoffnung, bis zu dessen Neige eine Arbeit gefunden zu haben? Wieviele Betroffene haben Klage eingereicht? Wenn bei 525 BG's die Härtefallklausel greift, kann man diese Zahl nicht einfach herausrechnen! Die Miete kann auch dann über der festgesetzten Höchstgrenze liegen und die Betroffenen werden zum Umzug gezwungen. Was soll der Artikel suggerieren? Alles nicht so schlimm? Wir haben ja eine Sozialsenatorin der

PDS? Da liest sich die Zahl 68 eben besser als "was passiert gerade mit den 3329"? Derartige Schönrederei ist der Situation der Betroffenen keine Hilfe! Der unglaubliche Anstieg der anhängigen Verfahren beim Sozialgericht zum Herbst 2006 läßt vermuten, dass dies Klagen im Zusammenhang mit den Zwangsumzügen sind, denn zu dem Zeitpunkt wurden radikal die Mieten auf Regelsatz gekürzt.
Mit ärgerlichen Grüßen
T. Kaufhold



Sehr geehrter Herr Kaufhold,

die von Ihnen bemängelten Zustände auf dem Gebiet der Wohnkosten für Hartz IV-Empfänger sind tatsächlich sehr kritikwürdig.

Die im Artikel genannten Zahlen sind die Antwort des Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg auf die Große Anfrage im Januar. Insofern kann ich kein Verschulden meinerseits sehen. Da auch von uns die Beantwortung als mangelhaft angesehen wurde, hatte zur Folge, dass die Aussagen in mehreren Schriftlichen Anfragen nachgefragt wurden. Die Antworten stehen noch aus.

Im übrigen ist es erwähnenswert, dass nach der Beantwortung der Anfrage auf der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung keine Diskussion, wie sonst üblich, erfolgte. Das Thema ist den Fraktionen keinen Meinungsaustausch wert, auch nicht im Ausschuss für Soziales und JobCenter der Bezirksverordnetenversammlung.

Der Artikel ist nur eine Mitteilung, dass wir am Thema bleiben. Dabei würden wir gerne verstärkt auf die Erfahrungen einzelner Betroffener zurückgreifen, um Lösungen anzuregen, die den Betroffenen tatsächlich weiterhelfen.

Hinweise auf unsere Infos und Hilfen zu Arbeitslosengeld II und die Sprechstunde des Bezirksverordneten finden Sie im vorliegenden Informationsblatt.

Ihnen als Bürger steht es frei, Ihre weiteren Fragen zum Thema in der Einwohnerfragestunde zu Beginn jeder Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung an das Bezirksamt zu richten.

Mit freundlichen Grüßen

Dagmar Krebs



Klaus Ernst: Müntefering hat seine Finger in Rentners Portemonnaie

Nach dem Desaster mit der Rente ab 67 versucht sich Franz Müntefering nun als Nebelwerfer, um sein Image als

Renten kürzer los zu werden. Strahlend verkündet er die Anhebung der Rente um 0,54 Prozent und hofft, er sei damit aus dem Schneider. Fakt ist und bleibt aber: Müntefering betrügt die Rentnerinnen und Rentner. Er hat nach wie vor seine Finger in ihren Taschen.

Die Anhebung der Rente um ein halbes Prozent ist faktisch eine Netto-Renten kürzung. Seit drei Jahren wurde die Rente nicht angehoben, während die Inflation bei fast 2 Prozent liegt.

Die Rentnerinnen und Rentner werden also auch nach der so genannten Rentenerhöhung weniger Geld in der Tasche haben. Und dank Franz Müntefering wird das wohl auch künftig so bleiben.

Es ist das Ergebnis der rot-grünen Rentenreform, dass selbst bei Wirtschaftswachstum und steigenden Löhnen die Rentnerinnen und Rentner weniger Kaufkraft

haben als zuvor. Die Festschreibung der Beitragssatzstabilität als oberstes Ziel der Rentenpolitik zur Entlastung der Arbeitgeberseite hat bewirkt, dass die Netrenten perspektivisch weiter sinken werden.

Mit der Rente ab 67 hat die große Koalition die Rentenkürzung nochmals verschärft.

Statt die Rentnerinnen und Rentner an der Nase herum zu führen, sollte der Sozialminister die Karten offen auf den Tisch legen: Der Zuwachs an Wertschöpfung wird unsozial verteilt. 2006 sind die Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 6,9 Prozent gewachsen; die Löhne nur um 0,7 Prozent.

Und während Müntefering die Rentnerinnen und Rentner damit zu beglücken versucht, dass ihre Nettorente ab Juli um ein halbes Prozent weniger sinkt, als sie dachten, bereitet die Koalition mit der Unternehmenssteuerreform das nächste soziale Desaster vor. Sie verzichtet auf Steuern von Unternehmen, die Milliarden-gewinne machen.

Aktion 2007

Werden Sie Leser: 8 Wochen ND für nur 25€

Neues Deutschland
5
Druck von Links.



Rente mit 67? Nein, danke!

Gegen die ungerechte Rente mit 67 wehren sich Gewerkschaften und DIE LINKE Hand in Hand.
Am 26. Februar

und am 09. März demonstrierten die Gewerkschaften in Berlin gegen eines der unsozialsten Projekte der Merkel-Münchener-Koalition, die Rente mit 67.

Während Millionen Kolleginnen und Kollegen auf der Straße stehen, wird das Renteneintrittsalter erhöht, weil sonst die Renten nicht mehr bezahlt werden könnten, sagt die Bundesregierung.

Richtig ist: Die Menschen werden älter als vor 30 Jahren, beziehen also länger eine Rente als vor 30 Jahren. Ich finde, das ist gut so.

Schlecht ist, dass es zunehmend nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die die Kosten der deutschen Sozialsysteme schultern müssen, während den Unternehmen ein Steuergeschenk nach dem anderen gemacht wird. Unter der rot-grünen Bundesregierung die sog. Reform der Körperschaftsteuern, die den großen Unternehmen Millionen schenkte, nun unter schwarz-rot eine sog. Reform, die den Unternehmen erneut Millionen hinterher wirft. Das kritisiert auch Berlins Wirtschaftssenator, Harald Wolf von der Linkspartei. Er sagt: „Diese weitere Verschärfung der Verteilungsgerechtigkeit ist so nicht hinnehmbar.“
Schlecht ist auch, dass in

einer hochproduktiven Wirtschaft, die immer weniger Arbeitende braucht, um den Reichtum zu produzieren, die Beiträge für die Sozialsysteme noch immer an die Bruttolohnsumme gekoppelt sind. Die Wirtschaft brummt und die Arbeitslosigkeit sinkt kaum, ja viele Unternehmen feuern lustig weiter. Davon müssen wir endlich wegkommen. Die Wertschöpfung der Unternehmen muss zur Grundlage der Berechnung der Beiträge gemacht werden, das kann auch Arbeitsplätze schaffen.

Und: Alle Einkommensarten, nicht nur das Einkommen aus Erwerbsarbeit – der Lohn –, müssen Grundlage einer Beitragsberechnung sein. Auch Zinserträge, Spekulationsgewinne, Beamten- und Politiker/innen-einkünfte müssen zur Beitragszahlung in die Sozialkassen herangezogen werden.

DIE LINKE streitet für Steuergerechtigkeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und einen zukunftssicheren Umbau der Sozialsysteme.

Wir meinen: Alternativen sind machbar und umsetzbar. Helfen Sie dabei mit. Mischen Sie sich ein.

Text und Fotos: Carsten Schatz



Prachtvolles Rot - Ein Fotoessay über die Versklavung der Erde

In der Roten Insel wird zurzeit die Fotoausstellung von Francisco Conde „Prachtvolles Rot“ gezeigt.

Francisco Conde, Journalist, arbeitete in Spanien als Radio-Reporter, begann in New York Anfang der 90er Jahre zu fotografieren, bereiste mit der Kamera Russland, China, Ost-Afrika, Europa und den mittleren Os-

ten. Als Arbeiter in den Gewächshäusern in der Nähe von Almeria hatte er die Idee für dieses Projekt. 2006 setzte er es in die Tat um.

Es ist im Grunde eine Geschichte über Grenzlinien. Auf 63 teils großformatigen Farbfotos zeichnet er Landschaft, zersiedelt bis zur Unkenntlichkeit durch Plastikgewächshäuser, die Menschen, die in ihnen arbeiten. EinwanderInnen aus nahezu 60 Nationen, oft illegal, vor allem aus Afrika, zunehmend aus Asien. Ausgebeutet, rechtlos, sie wohnen schlechter, als die Tomaten, die in den neuesten, vollklimatisierten Gewächshäusern wachsen. Die reifen Tomaten sind es auch, die der Ausstellung ihren Namen gaben.

Condes Kamera ist zurückhaltend, zeigt Würde in der Not, sie zeichnet auch jene spanische Schicht, die von der Arbeit der Armen reich geworden ist.

Text: Norbert Seichter / Foto: BMB

Die Ausstellung ist während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle montags, dienstags und donnerstags von 11 bis 18 Uhr, freitags von 11 bis 15 Uhr zu besichtigen.

TERMINE

Zum Ersten Mai DGB-Demonstration

Treff:
ab 9 Uhr am DGB-Haus
Keith-/Kleiststrasse
(nahe U Witternbergplatz)

Beginn der Demo:
um 9.45 Uhr

DGB-Kundgebung
11 Uhr am Brandenburger
Tor (Platz des 18. März)

- Begrüßung durch Do-ro Zinke (stellvertretende DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg)
- Rede: Annelie Buntenschmidt (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB)

Treff der Schöneberger und Tempelhofer
8.45 Uhr an der Urania

Diskurs Kreativ

Einstieg in den öffentlichen Beschäftigungssektor
Mittwoch, 18. April, 19 Uhr,
"Rote Insel, Feurigstraße

Weitere Termine

Initiative Flughafennutzung
11. und 25. April, 19 Uhr,
Cafe Prinz, Fontanestr. 32
(nahe U Boddinstraße)

Hartz IV - Eine Veranstaltung
zusammen mit der
WASG Tempelhof-Schöneberg

23. April, 19.30 Uhr, Ort
bitte telefonisch erfragen

Bildungstag der Linkspartei.
PDS

28. April, Karl-Liebknecht-
Haus, Kleine Alexander-
straße 28

Film und Finissage zur
Ausstellung "Wir waren
Nachbarn"

22. April, 19.30 Uhr, Raum
wird noch bekanntgegeben

Mein Vorschlag

für einen Grillplatz in
Tempelhof-Schöneberg:

Genauere Ortsbeschreibung:

Name, Telefon:

E-Mail wenn vorhanden:

Bitte senden an:
Linkspartei.PDS T/S,
Feurigstraße 68,
10827 Berlin oder
grillplatz@
thomas-maier.eu

Linkspartei.PDS vor Ort

Bezirksgeschäftsstelle
10827 Berlin, Feurigstr. 68

Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do: 11-18 Uhr
Fr: 11-15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40/751 20 11

Fax: 217 29 26

Email:
bezirk@pds-schoeneberg.de
Internet:
www.pds-schoeneberg.de
www.pds-tempelhof.de

Termine:

Treffen BO-Schöneberg
jeden 1. Di im Monat, 19 Uhr

Treffen BO-Tempelhof-Süd
Donnerstag, 12.4., 19.30
Uhr, Vereinseck, Friedrich-
Wilhelm-Str. 67

Bezirksvorstand
Montag, 16.4., 19 Uhr

Offene Redaktion der Lupe
Donnerstag, 12.4., 19 Uhr

AK MigrantInnen- und
Flüchtlingspolitik
Bitte telefonisch erfragen
unter 2199 7140

Roter Stammtisch
Jeden 1. Donnerstag um 19
Uhr im Vereinseck,
Friedrich-Wilhelm-Str. 67

Wahlkreisbüro
Hakki Keskin



Sprech-
zeiten:
Termine
nach
Vereinbar-
ung!
Telefon:
70509707
Fax:
70509709

Email: hakki.keskin@
wk.bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Die Linke.PDS
Berlin, Kleine Alexander-
str. 28, 10178 Berlin

Redaktion: Linkspartei.PDS
Tempelhof-Schöneberg

Erscheinungsweise:
10 bis 12 mal jährlich

Auflage: 1000 Exemplare
Chefredakteur (V.i.S.d.P.):
Carsten Schulz

Bankverbindung:
Die Linke.PDS Schöneberg,
Konto: 43 84816806, Berli-
ner Bank, BLZ 100 200 00
Layout: Bernd M. Büttner

Druck: Bunter Hund
Namentlich gekennzeichnete
Artikel geben die Meinung
des Autors wieder und
entsprechen nicht immer der
Meinung der Redaktion und
des Bezirksvorstandes.

Redaktionsschluss: 27.3.2007

Erstverteilung: 7.4.2007

Die nächste Ausgabe
der Lupe erscheint
Anfang Mai 2007.



Başka bir Almanya mümkün!

Dünyanın en zengin ülkeleri arasında olan Almanya'da iktidar güçler içinde bulunduğumuz durumun ne kadar kötü olduğunu

anlatıp, sözde bizim çıkarlarımıza neredeyse her gün yeni bir reform çıkartmaktadırlar. Toplumu hızla yoksullar ve zenginler olarak ikiye bölen bu reformlara Sağlık Reformu, Hartz IV Yasası, Katma değer vergisinin artışı ve en son, sanki çok iş yeri varmış gibi emeklilik yaşının 67 ye yükseltilmesi gibi örnekleri verebiliriz.

Hem Avrupa'da hemde Almanya'da artık kabul gören gerçek, göçmenlere ihtiyaç duyulduğudur. Ama tarih tekrar etmemelidir. Ocak 2005 de hayata geçirilmiş Göç Yasası'yla yine ülke çıkarlarına uygun ve gerçekten gerektiğinde işe yarayan göçmenlerin gelebilmeleri yasallaştırılmıştır. Bu yasayla alınan önlemler de yeterli gelmemiş, son bir kaç aydır bu yasayı daha da sertleştirmek için CDU ve SPD' li politikacılar yine kolları sıvamışlardır.

İrkçılığın artmasına da neden olan tüm bu politikaların nerdeyse sorsuzus hayata geçirilebilmesi için de toplum; kızlarını zorla evlendiren, kadın haklarını tanımayan, almanca öğrenmek istemeyen ve şiddet kullanan göçmenler, kendileri için büyük tehlike teşkil eden islamist teröristler veya çalışmak istemeyen devlet yardımı ile yaşa-

yan Almanlar'la oyalanmaktadır. Biz toplumun daha fazla Zengin-Fakir, Alman-Göçmen, Kadın-Erkek veya daha başka ikilere bölünmesine neden olan bu politikaların karşısında insan onuruna yakışan bir yaşam için: Bir Eroluk işlerin kaldırılmasını, asgari ücretin en az 8 € olmasını, vergi uygulamasında dengesizliğin ortadan kaldırılmasını ve varlık vergisinin yeniden yürürlüğe konulmasını istiyoruz.

Hızla değişen Dünya'da çocuklarımızın eşit haklara sahip olabilmeleri için yuvaların eğitim kurumları haline getirilmesini ve ailenin durumundan bağımsız, her çocuğa açık ve ücretsiz olmasını, dar gelirli ailelerin çocuklarına okullarda gerekli desteğin verilmesini, öğrencilerin tek bir okul modelinde öğrenim görmelerini ve her gence geleceği olan en az bir meslek eğitiminin sağlanmasını talep ediyoruz.

Almanya'da yaşayan göçmenlerin yasal ve politik eşit haklara sahip olabilmeleri için çokvatanlılığın yasallaştırılmasını ve vatandaşlıktan bağımsız seçme ve seçilme hakkının verilmesini ve giderek güçlenen, nefret ve korku saçan aşırı sağın karşısında toplumsal karşı gücün oluşmasını ve Almanya'nın Dünya'ya açık bir ülke olmasını istiyoruz.

Not: Biz, göçmen kökenli Almanyalılar da bize sunulanin ötesini görerek karşı mücadelede yerimizi almalyız. Seçim bölge büromuzda görüşme umuduyla. Figen İzgün

Hapel sieht kein Problem bei Iran-Kritik

In einer Kleinen Anfrage hatte ich zur Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung "Wir waren Nachbarn" am 28.1. gefragt: "Wie bewertet das Bezirksamt Ausführungen bei der diesjährigen Eröffnung, die weitreichende und einseitige Aussagen zur Politik des Irans gemacht haben und die von Besuchern als Befürwortung von militärischen Maßnahmen gegen eine vermeintliche Atombewaffnungspolitik dieses Staates verstanden wurden?"

Nun antwortet der zuständige Stadtrat Hapel: "Aussagen mit dieser Bewertung, d.h. eine explizite Befürwortung militärischer Maßnahmen sind so nicht gemacht worden. Verschiedene Redner haben vielmehr ihrer Sorge einer atomarer Bedrohung durch den Iran Ausdruck verliehen. Sie befinden sich darin in Übereinstimmung mit dem UN-Sicherheitsrat, der bekanntermaßen den Iran zur Aufgabe seiner Atompolitik durch eine Resolution aufgefordert hat."

Nun, es gibt kein Wortprotokoll, aber eine in Berlin lebende US-Bürgerin hatte in einem Brief an das Kulturamt und BVV die gleiche Kritik geäußert: "Natürlich in-

teressiere ich mich sehr für die Geschichte des Holocausts und bin deswegen sehr gern zu der Veranstaltung im Schöneberger Rathaus gekommen, um die Zeitzeugen zu hören. Jedoch bin ich dann empört gewesen, als wir Zuschauer, die gekommen sind, um die Überlebenden zu hören, erst gezwungen wurden, vorab als Quasigefangene eine Kriegshetzerei gegen den Iran in mehreren Beiträgen uns anzuhören ... Sehr viele US-BürgerInnen und US-Kongress-Abordnete sind darüber besorgt, dass die Bush-Regierung eventuell zusammen mit Israel vorhat, ziemlich bald einen Anschlag auf den Iran zu machen, was noch schlimmere Folgen haben könnte, als der im November 2006 durch die US-WählerInnen (bei den Kongresswahlen) scharf abgelehnten Krieg und Besetzung in dem Irak schon bis jetzt gehabt hat.

Übrigens, wenn die deutsche Bürgerinnen zum Schutz Israels und wegen der deutschen Schuld am Holocaust einen erweiterten Krieg in dem Nahen und Mittleren Osten für nötig halten, hoffe ich sehr, dass sie dann bereit sind, die eigenen Söhne und Töchter dafür zu opfern. Es sind ja schon sehr viele US-BürgerInnen im Krieg dort gefallen..." Harald Gindra



SAMSTAG
2.
JUNI

GROSSDEMO
GEGEN DEN G8-GIPFEL

- Ich melde mich verbindlich an, am 2. Juni 2007 mit zur Großdemo gegen den G8-Gipfel zu fahren und spende 10 €.
- Ich bewerbe mich für einen Soli-Platz, die Anmeldung ist trotzdem verbindlich.
- Ich kann nicht mitfahren, möchte aber für andere Mitfahrende die Fahrt ermöglichen und spende 10 € für einen Soli-Platz.

Name, Vorname:
 Adresse:
 EMail-Adresse:
 Telefon:

Ich zahle 10 € Spende an das Konto: Die Linkspartei.PDS Berlin, Kto-Nr. 43 84 81 68 00, BLZ 100 200 000, Verwendungszweck: Spende, Name, Vorname

Bitte schicken an: Die Linke.PDS Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
 EMail: No-G8@linkspartei-berlin.de